

30./VII. 1917

Die Eroberung des linken Rheinufers.

Die Reden des Ministers des Aeußern Grafen Czernin und des Reichskanzlers Dr. Michaelis beim Empfange der Presse.

Wien, 30. Juli.

Die französische Republik hat mit Rußland einen Vertrag wegen der Eroberung des linken Rheinufers geschlossen. Der Zar hat dieses Uebereinkommen wenige Monate vor seinem Sturze unterzeichnet, und die Namensfertigung für die Republik ist vom Präsidenten Poincaré heimlich vollzogen worden. Nun liegt ein Lügengewebe bloß, wie es die Welt sich nicht vorstellen und nicht ahnen konnte. Nach dem Staatsstreich des Kaisers Louis Napoleon hielt er Reden gegen die Verträge von 1815, gegen die Wiener Kongreßakte, welche die Grenze von Frankreich so bestimmt hatte, wie sie bis zum Verluste von Elsaß und Lothringen gewesen ist. Noch früher unter dem König Louis Philipp entstand eine Bewegung zur Eroberung des linken Rheinufers. Damals wurde in Deutschland das Lied von Nikolaus Becker gesungen: Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein. Die Franzosen antworteten: Wir haben ihn gehabt, den Rhein. Aber die namenlose Heuchelei ist nicht begangen worden, mit der jetzt von England und Frankreich ein sittliches Ziel für das Vorden vorgeführt wird. Wir führen den Krieg, sagen die Engländer und die Franzosen, für die Freiheit und für die Selbstbestimmung der Völker. Keine Nation darf unterdrückt, keine unter Fremdherrschaft gebracht werden. Mit diesem Schlachtruf ziehen sie aus, und inzwischen hat Frankreich mit Rußland einen Vertrag geschlossen, worin der Zar verpflichtet wurde, den Krieg so lange mit seiner ganzen Macht zu unterstützen, bis das linke Rheinufer, bis die Grenzen von 1790 erreicht sind. Am linken Rheinufer sind Köln, die alte bayerische Rheinpfalz, die von den Franzosen schon oft verwüstet worden ist, und das Saargebiet. Deutsche Städte, deutsche Landstriche, deutsche Bürger sollen unterjocht werden, während der Welt eingeredet wird, Blut müsse fließen, weil Frankreich und England, weil die Entente die Retter verknechteter Völker sein wollen. Diese Schamlosigkeit, diese dreiste Fopperei sind nun durch die Enthüllungen des deutschen Reichskanzlers offenkundig geworden. Als die von Poincaré angezettelte Verschwörung in der französischen Kammer unter dem Zwange der Opposition mitgeteilt werden mußte, sagte ein Abgeordneter: Das ist schändlich! Es ist schändlich.

Aber der Präsident Poincaré hat Mitschuldige an dem Verbrechen. Der englische Minister Carson hat in einer Rede erklärt, es werde nur dann Friede sein, wenn die Deutschen über den Rhein zurückgehen. Der Schatzkanzler Bonar Law antwortete auf Fragen, die sich auf diese eigenmächtigen Friedensbedingungen bezogen, mit einem verlegenen Geständnisse. Die englische Regierung kennt den Vertrag, den Poincaré mit dem Zaren geschlossen hat. Sie unterstützt mit ihrer ganzen Waffengewalt einen Plan zur Bedrückung deutschen Landes, einen Plan, aus dem, wenn er durchgeführt werden könnte, immer neue Kriege hervorgehen müßten. Denn niemals würden die Rheinländer sich französischer Herrschaft fügen und niemals würde das deutsche Volk auf den Gedanken an die Erlösung der verlorenen Städte und Dörfer verzichten. Welche Falschheit gehört dazu, daß die englischen Staatsmänner, in Kenntnis solcher Verträge und selbst an sie gebunden, vorgeben, daß sie die Schützer nationaler Freiheit sind. Präsident Wilson weiß, was vorgegangen ist, und rüstet eine Armee, um Köln und die Pfalz französisch zu machen. Das Trugspiel mit der Freiheit und der Selbstbestimmung, die Erniedrigung von Grundsätzen, die den Menschen teuer sind, die Verlogenheit, die sich über die Welt ausgebreitet hat, alles das ist jetzt sichtbar und bewiesen. Die Entente hat eine moralische Niederlage erlitten, von der sie nie sich wird erholen können. Denn niemand wird ihr künftig glauben. Der Schandfleck des Mißbrauches moralischer Grundsätze durch den Verrat an Ueberzeugungen, welche sie fortwährend verkündet, wird an ihr haften bleiben. Dieser Mangel an Wahrheitsliebe, diese gänzliche Verlotterung wird auch, wie

schon die Sitzung der französischen Kammer gezeigt hat, in den Völkern der Entente Widerspruch finden. Die Verderbnis der Regierungen wird in den Massen, denen der Sinn für Gerechtigkeit, Anstand und Wahrheit nicht fehlt, Abscheu hervorrufen.

Am verwerflichsten ist jedoch die Politik des russischen Ministerpräsidenten Kerenski. Er hat diesen Vertrag angenommen und die Revolution geschändet, indem er arme Soldaten zwang, ihr Leben hinzugeben, damit Frankreich die Macht über das linke Rheinufer bekomme. Wir haben durch die Rede des deutschen Reichskanzlers einen tieferen Einblick in die politischen Auffassungen der Entente. Als der französischen Regierung in der Kammer Vorwürfe über den Vertrag gemacht worden sind, antwortete sie: Italien will auch einen großen Zuwachs an Gebiet, und die Meinung der unteren Volksklassen in Rußland habe Frankreich nicht zu kümmern. Das also ist das Bild von der Selbstbestimmung der Völker, nicht von der Bühne, sondern hinter den Kulissen der Entente gesehen: so wird geschächert um die Seelen, gemarktet um lebendige Menschen, verhandelt um die Sklavenketten deutscher Bürger. Jetzt begreifen wir den Feldzug des Kriegsministers Kerenski nach Galizien. Er wollte bei der allgemeinen Blinderung nicht zurückbleiben. Frankreich will das linke Rheinufer, Italien die adriatischen Küsten und den halben Balkan, England, der Himmel weiß, was da noch in den geheimen Verträgen an Schleichlichkeiten verborgen sein mag. In dem Taumel der Raublust, der die Entente ergriffen hat, streckte Kerenski die Hand nach Galizien aus. Die Revolution ist bloßgestellt, die Demokratie verfälscht, das russische Volk getäuscht und die Armee geschlagen worden.

Nicht leicht vermögen wir uns in verantwortliche Staatsmänner hineinzudenken, die in Kenntnis so schrecklicher Geheimnisse, wie sie der Reichskanzler jetzt enthüllt hat, die Stirne haben, fortwährend den Zweifel auszusprechen, ob die letzten Erklärungen des Dr. Michaelis vor dem Parlamente aufrichtig gewesen seien. Nach Selbstbestimmung der Völker schreien, das linke Rheinufer wollen und Deutschland verdächtigen, daß es eine Eroberungspolitik treibe und den Verständigungsfrieden nicht ehrlich wünsche, ist ein Beispiel von Verderbtheit in der Politik, das, nach rein menschlichen Gesichtspunkten beurteilt, äußerst betäubend ist. Wenn große Kulturvölker solche Hilfsmittel in der Politik zulassen und sich nicht gegen sie auflehnen, dann hat die Zivilisation unsere technischen Hilfsmittel außerordentlich vermehrt, aber die Armut an moralischen Werten nicht verbessert. Der Reichskanzler hat in seiner Rede beim Empfange der Presse noch deutlicher hervorgehoben, daß Deutschland nicht nach einem Eroberungsfrieden strebe. Graf Czernin ist seit dem Beginne seiner Amtstätigkeit der entschiedenste Vertreter dieser Politik, über die, wie er beim Empfange der österreichischen und der ungarischen Presse hervorgehoben hat, zwischen den Verbündeten bis in jede Einzelheit volle Einigkeit bestehe. Die große Wichtigkeit dieser Erklärungen unseres Ministers des Aeußern ist jedem klar, der die politischen Vorgänge und Strömungen der letzten Zeit in Europa kennt. Wir stehen zusammen mit Deutschland im Kampfe, beim Friedensschlusse und, wie Graf Czernin gesagt hat, über diese Grenze hinaus. Wir haben das Einverständnis, mit unseren Verbündeten zu kämpfen, bis das Einverständnis mit den Feinden in einem ehrenvollen Frieden durchgesetzt ist. Wenn jetzt der englische Minister Churchill, einer der mörderischen Urheber des Krieges, in einer Rede schroffe Töne anschlägt, wird das bei der Vergangenheit dieses Mannes niemanden wundern. Auch wird die Sprache in London immer kriegerisch, wenn die Furcht entsteht, daß schwere Niederlagen der Entente einen starken Rückschlag auf die Stimmung des Volkes haben könnten, und auch wenn große Schlachten, wie jetzt die in Flandern, im Gange sind. Die Entente hat ihr ganzes moralisches Gepäck verloren. Es wird ihr jeder ins Gesicht lachen, wenn sie von einem Kriege für die Selbstbestimmung der Völker sprechen sollte. Viel hat sich in den äußeren und inneren Verhältnissen mit dem Siege in Galizien geändert.